Eidgenössische Wahlen 2015

Befragung der Kandidierenden zum Thema Gleichberechtigung von Frau und Mann

Publikation auf www.gleichberechtigung.ch

Nationalratswahlen vom 18.10.2015

Kanton: BE

Liste: 09
Grüne

Hasim Sancar

www.hasimsancar.ch

Welcher Stellenwert hat die Gleichberechtigung von Frau und Mann in Ihrer politischen Arbeit?

Diskriminierung ist grundsätzlich abzulehnen, das gilt nicht nur zwischen den Geschlechtern sondern auch bei Minderheiten, zugewanderte Menschen, Menschen mit Behinderung etc. Im Bezug auf die Geschlechtergleichstellung müssten alle Gesetze und deren Umsetzung auf die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer hin überprüft und nach Bedarf entsprechen des Gleichstellungsgesetzes angepasst werden. Gerade bei Sparpaketen und dem Beschluss von Sparmassnahmen ist den geschlechterspezifischen Auswirkungen besondere Aufmerksamkeit zu geben, insbesondere weil in der Regel Leistungsabbau vor allem in denjenigen Bereichen erfolgt, wo vor allem Frauen betroffen sind (personenbezogene Dienstleistungen). In meiner politischen Tätigkeit achte ich besonders auf letzteres, insbesondere was die Sparmassnahmen im sozialen Bereich (Bsp. Krankenkassenprämien-Verbilligung) betrifft.

Was sind allgemein die Schwerpunkte Ihrer Politik?

Ich setze mich gemäss den Grundsätzen einer sozialen und umweltfreundlichen Politik ein für:
Steuergerechtigkeit
einen gut funktionierenden Service Public
die Stärkung unserer Sozialwerke (AHV, IV, ALV, KVG usw.)
eine barrierenfreie Integration der Menschen mit einer Behinderung
die Durchsetzung der Grundrechte
eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik
erneuerbare Energien und den Ausstieg aus der Atomenergie
eine konsequente Friedenspolitik ohne Waffenexporte
eine offene und humane Gesellschaft.
gleiche Bildungschancen für alle

Allgemeine Dienstpflicht für alle anstelle der heute nur für Männer geltenden Militärdienstpflicht/Zivildienstpflicht und Zivilschutzdienstpflicht

Sind Sie der Auffassung, dass für Frauen und Männer grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten gelten sollen?

- [x] Ja, auf jeden Fall, ich werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- [ ] Ja, ich persönlich setzte mich zwar nicht aktiv dafür ein, entsprechende Vorstösse würde ich aber gerne unterstützen.
- [ ] Nein, die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht soll weiterhin nur für Männer gelten.
- [ ]

Anstelle der heute einseitig für Männer geltenden Militär- und Zivilschutzdienstpflicht könnte eine allgemeine Dienstpflicht für alle eingeführt werden, welche wahlweise als Militär-, Zivilschutz-, Umwelt- oder Sozialdienst geleistet werden kann. Was halten Sie davon?

- [ ] Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- [ ] Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- [ ] Nein, ich bin gegen eine allgemeine Dienstpflicht für alle. Die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht sollte aber auch für Frauen gelten.
- [x] Militärdienst sollte auf freiwilliger Basis geschehen. Die Frauen sollten das Recht auf Zivilschutzdienst haben.

Gleichstellung bezüglich AHV-Rentenalter (derzeit Frauen 64 und Männer 65), Witwen- und Witwerrente

Würden Sie es befürworten, wenn bei der jetzigen AHV-Revision Frauen und Männer vollständig gleichberechtigt würden sowohl bezüglich AHV-Alter wie auch bezüglich Hinterlassenenrente?

- [ ] Ja, bei der AHV soll die Gleichberechtigung jetzt auf jeden Fall vollständig umgesetzt werden.
- [ ] Ich bin vorerst nur für Gleichberechtigung beim AHV-Rentenalter, die Witwenrente soll gegenüber der Witwerrente noch weitreichender bleiben.
- [x] Ich bin gegen eine Gleichberechtigung bei der AHV, wenn dazu das Frauenrentenalter erhöht werden soll.
- [ ]

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht mehr zeitgemäss. Es sollte aufgehoben und dadurch Kosten eingespart werden. Was halten Sie davon?

- ☐ Ja, das Büro ist überflüssig. Zudem werden Anliegen von Frauen und von Männern dort nicht gleichermassen berücksichtigt.
- ☑ Nein, das Büro erfüllt wichtige Aufgaben.
- ☐

Halten Sie Quotenregelungen zur Verwirklichung der "tatsächlichen Gleichstellung" von Frau und Mann für sinnvoll?

- ☑ Ja, die Festlegung von Frauenquoten kann legitim sein.
- ☐ Nein, Frauenquoten stehen im Widerspruch zur Chancengleichheit.
- ☐

Elternschaftsurlaub anstelle von Mutterschaftsurlaub

Der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub könnte durch einen 14-wöchigen Elternschaftsurlaub ersetzt werden. Davon sollten die ersten 9 Wochen auf jeden Fall von der Mutter bezogen werden. Die restlichen 5 Wochen könnten auf Wunsch des Vaters auch von diesem innerhalb der ersten 14 Wochen nach der Geburt bezogen werden. Was halten Sie davon?

- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- ☐ Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- ☑ Ich bin dafür, dass es zusätzlich zum 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen Vaterschaftsurlaub gibt.
- ☐ Nein, ich sehe keinen Handlungsbedarf, es soll beim 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub bleiben.
- ☐

Familien- und Scheidungsrecht

Kinder sollen unabhängig vom Zivilstand ihrer Eltern immer denselben Anspruch auf beide Elternteile haben. Beide Elternteile sollen in Bezug auf ihr gemeinsames Kind unabhängig vom Zivilstand immer dieselben Rechte und Pflichten haben, sofern dies das Kindswohl nicht absolut verbietet. Beide Elternteile sollen im Familien- und Scheidungsrecht genau gleich behandelt werden. Was halten Sie davon?

- [x] Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren in diesem Sinne einsetzen.
- [ ] Nein, die Mutter-Kind-Beziehung hat Vorrang.
- [ ]

Einbezug des werdenden Vaters vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch im Interesse des werdenden Kindes

Ein werdender Vater soll im Interesse des werdenden Kindes vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch nach Möglichkeit in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Unter plausiblen Voraussetzungen und mit strengen Verpflichtungen zur Übernahme der Sorge soll er eine Art Veto-Recht gegen die Abtreibung erhalten. Was halten Sie davon?

- [ ] Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- [ ] Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- [x] Nein, ein Schwangerschaftsabbruch ist alleinige Sache der werdenden Mutter.
- [ ]

Katholische Kirche: Frauenpriestertum, Pflichtzölibat

Niemand soll aufgrund des Geschlechtes von einem Beruf oder einer Tätigkeit ausgeschlossen werden dürfen. Was halten Sie davon?

- [x] Ja, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine unzulässige Diskriminierung und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- [ ] Nein, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- [ ]

Niemand soll im Beruf oder bei der Tätigkeit zur Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit verpflichtet werden dürfen, auch nicht unter Androhung von Nachteilen. Was halten Sie davon?

- [x] Ja, der Pflichtzölibat ist eine unzulässige Verletzung der Grundrechte und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- [ ] Nein, der Pflichtzölibat ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- [ ]

Verfassungsgerichtsbarkeit

Das Bundesgericht soll die Bundesgesetze auf deren Verfassungsmässigkeit hin überprüfen dürfen, so dass zukünftig auch die Bundesgesetze mit den direkt vom Volk erlassenen Bestimmungen der Bundesverfassung übereinstimmen, beispielsweise auch mit dem Gleichberechtigungsgebot. Was halten Sie davon?

- [x] Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- [ ] Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- [ ] Nein, die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit würde nur unnötig den Handlungsspielraum der Parlamentsmitglieder einschränken.
- [ ]